

39/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

45 Jahre nach Kriegsende

## Deutsche können wieder frei zueinander reisen

„Wir haben vereinbart, daß der Mindestumtausch für Westdeutsche und West-Berliner ab 1. Januar 1990 aufgehoben wird.“ Dies und die Abschaffung der Visumpflicht war das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen, die Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und DDR-Regierungschef Hans Modrow am letzten Dienstag in Ost-Berlin geführt haben. Rudolf Seiters: „Nach 45 Jahren haben wir in weiten Bereichen Freizügigkeit von Ost nach West und von West nach Ost.“

Ein neugeschaffener Devisenfonds erlaubt den DDR-Bürgern, 100 DM pro Jahr gegen Ostmark zu einem Kurs von 1:1, weitere 100 DM zum Kurs von 1:5 einzutauschen. Das Begrüßungsgeld für DDR-Bürger wird dafür abgeschafft. „Einen ersten Schritt“ hat Hans Modrow die Vereinbarungen genannt und einen Beweis dafür, daß es der DDR „ernst ist mit der Vertragsgemeinschaft“.

Mit dem Verhandlungsergebnis haben Seiters und Modrow auch den Weg für den Besuch des Bundeskanzlers in der DDR gebnet: Helmut Kohl trifft Modrow am 19. Dezember in Dresden.

Das Tempo, in dem sich zur Zeit in Deutschland Politik für Deutschland vollzieht, ist wahrlich atemberaubend. Mit seinem Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas hat Helmut Kohl den Etappen der Ereignisse keine Termine, aber ein festes Ziel gesetzt. ■

### HEUTE AKTUELL

- **Deutschlandpolitik**  
Alfred Dregger appelliert an die Parteien: Den Deutschlandplan jetzt gemeinsam in die Tat umsetzen. Seite 3  
Generalsekretär Volker Rühle: Der Wunsch nach staatlicher Einheit in der DDR wird immer deutlicher. Seite 4
- **Bush — Gorbatschow**  
Alfred Dregger: Unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Seite 13
- **Steuern**  
Steuerreform entlastet auch Senioren. Seite 14
- **Bremen**  
Dorothee Wilms: Schmusekurs der SPD nicht nachvollzogen. Seite 16
- **Rheinland-Pfalz**  
Hans-Otto Wilhelm: Gegen Neid und Wohlstands-Chauvinismus. Seite 18
- **Öffentlichkeitsarbeit**  
Neues CDU extra: Freiheit und Einheit · Wir sind ein Volk. Seite 21
- **Dokumentation**  
Umweltschutz von A bis Z. Grüner Teil

# Trauer und Erschütterung über den Mord an Alfred Herrhausen

## Helmut Kohl: Der Mord an Alfred Herrhausen hat mich tief erschüttert

Dieser feige Anschlag war nicht nur gegen seine Person gerichtet. Ermordet wurde ein Mann, der an hervorragender Stelle in der deutschen und internationalen Wirtschaft Verantwortung trug und sich stets mit vorbildlichem Engagement für unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingesetzt hat.

Alfred Herrhausen hat weit über seine beruflichen Verpflichtungen hinaus unserem Lande gedient. Sein Wort und sein Rat hatten bei vielen internationalen Konferenzen und Gesprächen Gewicht.

So engagierte er sich für die Länder der Dritten Welt, für die Reformbewegungen in Ungarn und in Polen und unterstützte nachdrücklich die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Er war ein überzeugter Kämpfer für die europäische Einigung.

Sein soziales Engagement hat vielen geholfen. Er war ein deutscher Patriot.

Das Attentat richtet sich gegen unsere demokratische Verfassung — und damit gegen uns alle. Erneut hat sich gezeigt, daß die Bedrohung durch den Terrorismus unvermindert fortbesteht. Wir alle müssen Terrorismus und Gewalt kompromißlos bekämpfen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Saat von Haß und Unmenschlichkeit aufgeht.

Mit Alfred Herrhausen habe ich einen guten Freund und Kameraden verloren. Mein tiefes Mitgefühl gilt in diesem Augenblick vor allem seiner Frau und seiner Familie.

## Volker Rühle: Sein Tod trifft alle Bürger

Mit tiefer Trauer und Bestürzung verurteilt die CDU den feigen und hinterhältigen Mordanschlag auf Alfred Herrhausen. Mit Alfred Herrhausen verliert nicht nur die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland eine ihrer herausragenden Persönlichkeiten. Sein Tod trifft alle Bürger.

## Alfred Dregger: Unser Gemeinwesen läßt sich nicht ermorden

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist entsetzt und tief erschüttert über den Terrormord am Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen. Der feige Mord zeigt, wie groß die Bedrohung führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in unserem Staat durch den Terrorismus nach wie vor ist.

Mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln muß unser Staat gegen die Terroristen und ihre Sympathisanten vorgehen. Das Ziel der Terroristen, unsere freiheitliche Demokratie ernstlich in Gefahr zu bringen, wird nicht aufgehen. Unser freiheitliches Gemeinwesen läßt sich nicht ermorden.

Alfred Dregger appelliert an die Parteien:

## Den Deutschlandplan jetzt gemeinsam in die Tat umsetzen

Der Deutschlandplan des Bundeskanzlers kam zum richtigen Zeitpunkt. Er hat die Lage in Deutschland und die internationale Lage grundlegend verbessert. Vertreter des „Neuen Forums“ haben sogar vorgeschlagen, diesen Deutschlandplan zum Gegenstand einer Volksabstimmung in der DDR zu machen. Und TASS hat mitgeteilt, die Regierung der Sowjetunion sei grundsätzlich bereit, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu erörtern.

Alle Parteien der Bundesrepublik Deutschland sollten jetzt auf ein weiteres Draufsatteln verzichten mit Themen, die jetzt nicht aktuell sind. Wir sollten gemeinsam dafür wirken, daß dieser Deutschlandplan in die Tat umgesetzt wird.

### Im Kontakt mit den Verbündeten

Dem Bundeskanzler wird vorgeworfen, daß er das Ausland nicht im einzelnen informiert habe, bevor er im Bundestag seine Konzeption dargelegt habe. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion danke ich Helmut Kohl, daß er die gewählten Vertreter des deutschen Volkes als erste mit seinem Deutschlandplan vertraut gemacht hat.

Deutschland, das Land in der Mitte, das Land mit den meisten Nachbarn, interessiert alle und betrifft alle. Deshalb steht der Bundeskanzler in ständigem persönlichen Kontakt mit unseren Verbündeten. Seine Aufgabe in einer „Führungsrolle der Allianz“, von der Präsident Bush bei seinem letzten Staatsbesuch gesprochen

hatte, nimmt der Bundeskanzler intensiv und erfolgreich wahr. Vor allem mit Präsident Bush und Staatspräsident Mitter-

In einem Bericht zur politischen Lage hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, zur Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik aufgerufen.

rand hält er beides zusammen, die Allianz und die Europäische Gemeinschaft. Das gilt in anderer Weise auch für unser Verhältnis zur Sowjetunion und zu den Ländern Ostmitteleuropas. Es gibt ständige Kontakte mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow und den Ministerpräsidenten der beiden Reformländer Ungarn und Polen.

Man kan ohne Übertreibung sagen: Die konstruktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO und die sich verstärkende Zusammenarbeit der

### Der Wandel ist unvermeidlich

Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion und mit den Ländern Ostmitteleuropas tragen entscheidend dazu bei, daß der Wandel in den sozialistischen Ländern, der unvermeidlich ist, sich friedlich und weitgehend im Konsens vollzieht. ■

Generalsekretär Volker Rühle:

## Der Wunsch nach staatlicher Einheit in der DDR wird immer deutlicher

**Mit jedem Tag wird durch die Entwicklung in der DDR deutlicher, wie verfehlt die Deutschlandpolitik der SPD gewesen ist. Die Folge ist ein großes Durcheinander in deren Reihen. Sie präsentiert sich — so der CDU-Generalsekretär — auch nach der letzten Sitzung ihres Parteipräsidiums kopflos und ohne Linie.**

Diejenigen Sozialdemokraten, die dem Zehn-Punkte-Programm von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag ausdrücklich zugestimmt hatten, sind aus rein parteitaktischen Gründen zurückgepfiffen worden. Die SPD gibt damit den von ihr selbst geforderten Konsens in der Deutschlandpolitik auf. Sie hat die Bewährungsprobe für ihre Berechenbarkeit nicht bestanden.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine hört nicht einmal den Menschen in der DDR zu, von denen er einiges lernen könnte. Er fordert an der Entwicklung in der DDR vorbei weiter die wirtschaftliche Stabilisierung eines gescheiterten Systems, das die Menschen in der DDR nicht mehr wollen. Er ignoriert die Stimmung in der Bevölkerung.

Die CDU bleibt offen für Gemeinsamkeiten in der Deutschlandpolitik mit der SPD. Damit dies möglich wird, muß die SPD jedoch zuerst ihre Position in der Deutschlandpolitik klären und mit einer Stimme vortragen.

Volker Rühle: Die CDU fordert die Sozialdemokraten daher auf,

- die eigene Unentschlossenheit zu überwinden und sich klar und deutlich für die Einheit Deutschlands auszusprechen;
- sich insbesondere klar zur einheitlichen Staatsbürgerschaft zu bekennen und anders lautende Äußerungen führender Sozialdemokraten, vor allem Lafontaines, öffentlich zu korrigieren;
- sich mit den Menschen in der DDR und uns einzusetzen für einen grundlegenden Neuanfang auf der Basis einer freien und sozialen Marktwirtschaft;
- sich für schnelle und freie Wahlen in der DDR auszusprechen, damit die von

**Volker Rühle fordert die Sozialdemokraten unmißverständlich auf: Sprechen auch Sie sich klar und deutlich für die Einheit Deutschlands aus**

Bundeskanzler Kohl in seinem Zehn-Punkte-Programm vorgeschlagenen Regierungskommissionen möglichst bald gebildet werden können;

- sich selbst und anderen endlich einzugestehen, daß ihre Deutschlandpolitik mit der Anbiederung an die SED gescheitert ist. Die Vernachlässigung der Reformkräfte in der DDR zuzugeben, wäre auch ein Stück Aufrichtigkeit gegenüber den Menschen in der DDR, die sich die Freiheit selbst erkämpft haben und die die SPD nun für ihre innenpolitischen Ziele einzuspannen sucht.

## Neues Forum will Volksentscheid zum 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers

**Zur Forderung des Neuen Forums nach einem Volksentscheid in der DDR zum 10-Punkte-Programm von Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Heinz Hornhues:**

Die Feststellung des Neuen Forums, auf die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung müsse konstruktiv eingegangen und in Verhandlungen müsse sehr schnell festgelegt werden, was kurz- und mittelfristig machbar ist, ist genauso zu begrüßen wie die Forderung nach einem Volksentscheid in der DDR zum

10-Punkte-Programm von Bundeskanzler Helmut Kohl. Dies belegt, daß der Deutschland-Plan des Bundeskanzlers erstens zum richtigen Zeitpunkt kam und zweitens die Interessen der Menschen in der DDR richtig aufgegriffen hat.

Den Parteien bei uns sollte dies Anlaß zum Nachdenken sein, ob kleinliches Gezänk angebracht ist. Angesichts der Bedeutung, die der Lösung der deutschen Frage zukommt, sollten alle Parteien schleunigst zur am 28. November 1989 im Plenum des Deutschen Bundestages bekundeten Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik zurückfinden.

### UiD-Dokumentationen

Der Text des 10-Punkte-Programms von Bundeskanzler Helmut Kohl ist in der letzten UiD-Ausgabe als Dokumentation (38/89) unter dem Titel „Wiedervereinigung ist unser politisches Ziel“ erschienen.

Bestell-Nr.: 5218

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM zuzügl. MwSt.

Die Dokumentation „Umweltschutz von A bis Z“ (39/89) in der heutigen Ausgabe ist ebenfalls ab sofort in unserem

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, zu bestellen.

Bestell-Nr.: 5221

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 19,50 DM zuzügl. MwSt.

### Dabei bleibt es

*„Für mich ist ganz klar — und dabei bleibt es —, daß alles das, was wir tun in Deutschland, eingebettet sein muß in die Entwicklung Gesamteuropas. Die Teilung Deutschlands kann nur überwunden werden, wenn man die Teilung Europas überwindet.“*

**Bundeskanzler Helmut Kohl  
auf seiner Pressekonferenz  
in Brüssel  
am 4. Dezember 1989**

## DDR-Bürger zu Weihnachten einladen

Die CDU-Sozialausschüsse haben eine Adressenbörse eingerichtet, in der Anschriften von Bundesbürgern erfaßt sind, die Menschen aus der DDR über die Weihnachtstage bzw. Neujahr einladen wollen. Diese Partnerschaftsaktion wurde vor allem gestartet, damit auch DDR-Bürger, die keine verwandtschaftlichen Kontakte in die Bundesrepublik Deutschland haben, Bekanntschaften aufbauen können. Bereits in den ersten zwei Wochen haben sich mehrere hundert Gastgeber aus allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland gemeldet.

Neben Vertretern der Ost-CDU und Kirchengemeinden hat sich Pfarrer Eppelmann von der Reformbewegung „Demokratischer Aufbruch“ sowie die Initiative „Frieden und Menschenrechte“ in der DDR bereit erklärt, diese Partnerschaftsaktion zu unterstützen. Uns geht es vor allem darum, daß sich die Bundesrepublik Deutschland nicht nur als eine kalte Konsuminsel darstellt, sondern als ein Teil Deutschlands, in dem gelebt, gearbeitet und gefeiert wird.

**Walter Link**, MdB, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft: Ich freue mich besonders, daß Bundeskanzler Helmut Kohl als Vorsitzender der CDU die Schirmherrschaft für diese bundesweite Aktion „Gemeinsam leben — gemeinsam feiern“ der CDU-Sozialausschüsse übernommen hat.

## SPD zur Gemeinsamkeit nicht fähig

Die Menschen in ganz Deutschland wollen Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien in Sachen Deutschlandpolitik. Die Vorgänge in der SPD-Fraktion zeigen leider, daß die SPD dazu nicht bereit und nicht in der Lage ist. Was ist geschehen? Die SPD hatte zunächst durch Karsten Voigt nach Rücksprache mit SPD-Chef Vogel dem Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag uneingeschränkt zugestimmt. Dann aber begann das Drama:

In der SPD-Fraktion gab es massiven Ärger und Krach. Ein großer Teil will diese Gemeinsamkeit und den Weg zur Einheit Deutschlands nicht, offenbar auch, weil dem Bundeskanzler der große politische Erfolg in dieser Sache nicht gegönnt wird.

Was jetzt an „Anreicherung“ für den Entschließungsantrag seitens der SPD geboten wird, ist nur und ausschließlich vor diesem Hintergrund erklärlich. Die SPD wird dieses Verhalten selbst zu verantworten haben.

**Friedrich Bohl**, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die SPD ist wieder einmal gekennzeichnet von Zerstrittenheit und Führungsschwäche. Die Programmdebatte in der SPD, die Politik gegenüber Aus- und Übersiedlern und jetzt die Deutschlandpolitik sind Marksteine für Vogels Autoritätsverlust. Er wird abwechselnd von seiner Bundestagsfraktion und von Oskar Lafontaine an der Nase herumgeführt.

## Die SPD hat nichts begriffen

# Der Sozialismus ist nicht zu retten

Nach einer Phase der Verblüffung und des ungläubigen Staunens schält sich bei den Sozialisten in der Bundesrepublik Deutschland wie auch der DDR so etwas wie ein Konzept zur Rettung des Sozialismus heraus. So wird zum Beispiel größter Wert darauf gelegt, daß nicht der Sozialismus als Ideologie, sondern nur der „reale“ Sozialismus der SED in der DDR gescheitert sei. Die Menschen drüben wollten von der „guten Idee“ möglichst viel retten. Das Kind hat auch bereits wieder den altbekanntesten Namen: „demokratischer Sozialismus“!

Daß Flüchtlinge und Demonstranten und Bevölkerung längst vom gesamten Sozialismus die Nase gründlich voll haben und vor ihm geflüchtet sind, schert die hiesigen Apologeten des Sozialismus herzlich wenig. Und weil die Rechnung sonst nicht aufgeht, dürfen die Flüchtlinge nur aus „materiellen Gründen“ geflohen sein, wegen des „schnöden Mammons“ sozusagen, und sie werden, wen wundert, diesen Schritt noch bitter bereuen, wird behauptet.

Zu den ständig wiederholten Parolen zählt auch die Aufforderung, die SED und die Reformkräfte in der DDR doch nicht zu „bevormunden“, sich nicht „einzumischen“. Das läuft letztlich auf die sozialistische Zumutung hinaus, die Bundesrepublik Deutschland müsse mit ihrem Wohlstand ein (eigentlich nicht lebensfähiges) sozialistisches Utopia in der DDR durchschleppen, um so den Pseudobeweis für die Existenzfähigkeit eines „demokratischen Sozialismus“ zu ermöglichen.

Wahlweise wird diese Zielsetzung sympathisch bemäntelt als „marktorientierte“ oder „freiheitliche Planwirtschaft“. Alle- samt in der Realität unverträgliche Wortkombinationen, erfunden zur propagandistischen Rettung des gescheiterten Sozialismus.

Dabei ist es doch selbstverständlich, daß die Bundesrepublik Deutschland sich nicht auf eine Zuschauerrolle beschrän-

Eduard Lintner, deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, übt scharfe Kritik an dem Versuch der SPD, aus einem bankrotten Modell doch noch das System der Zukunft zu machen.

ken kann, denn immerhin geht es auch um unsere Zukunft, und wir werden ständig um Rat gefragt. Unsere finanzielle Unterstützung ist unverzichtbar für jeden Reformprozeß in der DDR. Nur so kann man der Bevölkerung eine akzeptable Perspektive bieten. Um so wichtiger ist es, daß wir die unabdingbaren Voraussetzungen für eine wirksame Hilfestellung nennen: Freiheit und soziale Marktwirtschaft.

Wie sehr die Vorstellungen der DDR-Bevölkerung über die Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet und manipuliert sind — und zwar von unseren eigenen elektronischen Medien, den DDR-eigenen hätte man ohnehin

nicht geglaubt — zeigt sich jetzt. Die „soziale Kälte“ in der Bundesrepublik Deutschland wird beklagt, ihre „Zwei-Drittel-Gesellschaft“. Den „Manchester-Kapitalismus“ und die bundesrepublikanische „freie“ oder „kapitalistische“ Marktwirtschaft wolle man nicht gegen die „soziale Geborgenheit“ in der DDR und ihre „sozialen Errungenschaften“ eintauschen.

Dabei wird dann auf die angeblich so sicheren Arbeitsplätze in der DDR, ihr Gesundheitswesen oder Rentensystem verwiesen. In Wahrheit sind in der DDR die Renten (rund 360 Mark-Ost monatlich) eine Art verminderte Sozialhilfe und die Durchschnittslöhne in der DDR nominal und real niedriger als unsere üblichen Renten oder die Arbeitslosenunterstützungen. Das DDR-Gesundheitswesen konnte auch vor den Flüchtlingsströmen die Masse der Bevölkerung nie optimal versorgen.

Über die humane Wirklichkeit der sozialen Marktwirtschaft muß erst noch aufgeklärt werden. Zur Absicht der Linken gehört auch, die Abkehr von der sozialistischen zentralen Planwirtschaft madig zu machen. Da werden die Landsleute vor einem „Ausverkauf“ oder dem „Abkauf“ durch „Thyssen und die Deutsche Bank“ gewarnt und zugleich wird so getan, als seien doch gar keine so einschneidenden Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Währungsreform nötig. Daß die von der Bevölkerung gewünschte Perspektive „Freiheit in Wohlstand“ aber nur verwirklicht werden kann, wenn solch gravierende Reformen durchgeführt werden, wird absichtlich voll verschwiegen.

Es gibt also immer noch oder bereits wieder die heimliche Koalition zwischen den Sozialisten bei uns und dem SED-Sozialismus mit der Devise: „Rettet den Sozialismus!“ ■

## Pressestimmen:

### SPD frustriert

*Selbst wenn man ihr die unausweichlichen Frustrationen einer Oppositionspartei zugute hält, gibt die SPD in diesen Tagen deutschlandpolitischer Umwälzungen kein sehr überzeugendes Bild ab. Politische Redlichkeit gebot den Sozialdemokraten, den Vorstellungen des Kanzlers Beifall zu zollen. Die SPD konnte nicht ein Modell konföderativer Strukturen befehlen, obwohl sie selbst eine Konföderation der beiden deutschen Staaten favorisiert. Inzwischen reut sie der spontane, so gut wie vorbehaltlose Schulterschuß mit den Konservativen auf einem politischen Terrain, das sie selbst vor Jahren mühselig bestellt hatte. Nun mit ansehen zu müssen, daß andere die Ernte einfahren, schmerzt viele Sozialdemokraten.*

Stuttgarter Zeitung

### Überforderte Opposition

*Die spontane Zustimmung der SPD zum Deutschlandplan des Kanzlers stößt an ihre Belastbarkeitsgrenze. Schon kurz danach will die große Oppositionsfraktion nichts davon wissen, ihn in einer gemeinsamen Entschließung im Bundestag zu bekräftigen. Sie hat dafür leicht zu verstehende taktische Gründe: Die Bewegungsfreiheit der Partei wird eingeengt, ihre Wahlkämpfe, in denen es um rot-grüne Mehrheiten gehen kann, werden erschwert. Überdies wären viele sozialdemokratische Abgeordnete überfordert von der Zumutung einer zu schnellen und zu viel verlangenden persönlichen Kurskorrektur.*

Frankfurter Allgemeine Zeitung



## DDR-Grenzer verschenken ihre Wachhunde

Vor wenigen Wochen haben sie noch scharf die innerdeutsche Grenze bewacht, nun werden sie verschenkt: Hunderte von Schäferhunden der DDR-Grenztruppe. Reisende aus Thüringen berichten, daß allein im Grenzbezirk von Suhl rund 250 Tiere, in der Mehrzahl Deutsche Schäferhunde, im Einsatz gewesen seien.

## Ausreisewelle führt zu Überalterung

Die Bevölkerungsentwicklung in der DDR nimmt dramatische Formen an. Prof. Gunnar Winkler von der Wissenschaftsakademie unterrichtete die Teilnehmer einer ersten demographischen Konferenz der DDR, daß die beiden größten Altersgruppen unter den Auswanderern Menschen zwischen 25 und 40 Jahren (36,7 Prozent) und Kinder bis zu 15 Jahren (21,6 Prozent) sind — also vor allem jüngere Berufstätige mit ihren Kindern.

## Wandlitz wird Rehabilitationszentrum

Die Waldsiedlung Wandlitz im Norden von Berlin, in der frühere hohe SED-

## Nachrichten aus der DDR

Funktionäre abgeschottet ein Luxusleben führten, soll ein Rehabilitationszentrum werden. Es ist vorgesehen, aus dem Objekt eine medizinische Einrichtung zu machen, sagte Generalleutnant Günter Wolf, der für Sicherheit sowie technische Unterhaltung der Siedlung verantwortlich ist, in einem Interview der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“.

## RIAS ist bei DDR-Bürgern am beliebtesten

Der RIAS Berlin ist bei den Bürgern der DDR offenbar der beliebteste westliche Sender. Nach einer Untersuchung der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, hören 52 Prozent die beiden Hörfunkprogramme des Senders.

## Journalistenverordnung aufgehoben

Die Journalistenverordnung, die in der DDR für ausländische Medien und ihre Korrespondenten gilt, wird aufgehoben. Sie soll durch eine neue Verordnung ersetzt werden, beschloß der DDR-Ministerrat. Diese gehe davon

aus, daß den in der DDR akkreditierten Journalisten „bei der legitimen Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit in Übereinstimmung mit den von der DDR übernommenen völkerrechtlichen und anderen internationalen Verpflichtungen entsprechende Arbeitsmöglichkeiten gewährt“ werden.

## DDR-Zeitungen nehmen westliche Werbung an

In den DDR-Medien bricht ein neues Werbezeitalter an. Von sofort an können westliche Firmen in einigen Zeitungen und Zeitschriften Anzeigen schalten. Wie die West-Berliner Anzeigenagentur VAS mitteilte, stehen dafür zunächst die Tageszeitung „Junge Welt“ (Auflage 1,5 Millionen), die monatlich erscheinende Jugendzeitschrift „Neues Leben“ (Auflage 500.000) und das wöchentlich erscheinende Satiremagazin „Eulenspiegel“ (Auflage 500.000) zur Verfügung.

## Todesstreifen soll Biotop werden

Bayerns Umweltstaatssekretär Hans Spitzner will den Todesstreifen an der innerdeutschen Grenze als Biotop erhalten: „Aus dem Todesstreifen soll ein Lebensstreifen werden.“

# Haushalt 1990 beweist Augenmaß

**Unser Haushalt 1990, den wir heute beraten, zeigt, daß diese Bundesregierung Augenmaß besitzt. Unser Konzept „Mehr Markt — weniger Staat“ hat sich bewährt. Diese Strategie hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig in der längsten Aufschwungphase der Nachkriegsgeschichte befindet. In allen finanzpolitischen Zielbereichen sind wir ein gutes Stück vorangekommen:**

Das Wachstum der Staatsausgaben wurde begrenzt. Die Ausgaben des Bundes wachsen seit 1982 jahresdurchschnittlich mit etwa 2½ Prozent.

Die Inanspruchnahme der Volkswirtschaft durch den Staat wurde zurückgeführt. Die Staatsquote, die bis 1982 von 39 Prozent in 1969 auf fast 50 Prozent gestiegen ist, konnte auf rund 45 Prozent abgebaut werden.

Die staatlichen Defizite wurden spürbar verringert. Die Nettokreditaufnahme des Bundes in v. H. des Bruttosozialproduktes verringerte sich von 2,3 Prozent in 1982 um rund die Hälfte auf gut 1 Prozent.

**Dank unserer Steuersenkungspolitik wird die Steuerquote im kommenden Jahr mit 22,5 v. H. den niedrigsten Stand seit 30 Jahren haben.**

Die Privatisierung staatlicher Industriebeteiligungen wurde erfolgreich verwirklicht. Mit der Privatisierung der Salzgitter AG wird in 1990 ein weiterer Meilenstein gesetzt.

Die vordringliche wirtschafts- und finanzpolitische Aufgabe nach 1982 war es, die Tätigkeit des Staates auf den Kern seiner Aufgaben zurückzuführen und die

Finanzierung der öffentlichen Haushalte wieder auf eine solide Basis zu stellen. Dies ist gelungen.

Es zeigt sich immer mehr, daß der Kurs der Haushalts- und Finanzpolitik — Senkung der Staatsquote, konsequentes Festhalten am Konsolidierungskurs, Senkung der Steuerlast — die Wachstumskräfte gestärkt und damit den Wohlstand der Bürger und Bürgerinnen erhöht hat. Dieser Kurs wurde bei den Beratungen im Haushaltsausschuß noch akzentuiert.

Es ist uns gelungen, trotz neu hinzukommender Belastungen, wie z. B. durch die

**Fazit der Haushaltsrede des CDU-Bundestagsabgeordneten Jochen Borchert: Die SPD ist und bleibt die Schuldenpartei in unserem Lande.**

wohnungspolitischen Beschlüsse und die Vorsorge zur Integration der Aus- und Übersiedler, das Ausgabevolumen des Regierungsentwurfs um 1,2 Mrd. DM auf 300,1 Mrd. DM zu verringern.

**Die Ausgabensteigerung konnte auf 3 v. H. gesenkt werden. Die Koalitionsfraktionen haben also ihr Ziel erreicht, die Zuwachsrate weiter zu begrenzen.**

Ebenfalls in die Tat umgesetzt haben wir unser Vorhaben, die aufgrund der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eintretenden Steuermehreinnahmen von 5,4 Mrd. DM voll zur Verminderung der Nettokreditaufnahme zu verwenden.

Durch Begrenzung der Ausgaben und durch Steuermehreinnahmen konnte so die Nettokreditaufnahme gegenüber dem

# Der Bundeshaushalt 1990

## Ergebnisse der Beratungen im Haushaltsausschuß

Einzelplan	Regierungs- Entwurf	mehr (+) weniger (-) Saldo	Neuer Ansatz
	in Tausend DM		
01 Bundespräsidialamt	26 271	+ 70	26 341
02 Bundestag	649 161	+ 27 052	676 213
03 Bundesrat	17 673	- 150	17 523
04 Bundeskanzleramt	606 989	- 11 361	595 628
05 Auswärtiges Amt	2 961 039	+ 48 905	3 009 944
06 Inneres	4 981 867	+ 45 066	5 026 933
07 Justiz	489 242	- 3 389	485 853
08 Finanzen	3 785 080	+ 6 272	3 791 352
09 Wirtschaft	6 728 231	- 12 054	6 716 177
10 Ernährung, Landwirtschaft	9 647 393	- 79 854	9 567 539
11 Arbeit und Soziales	70 459 146	- 822 071	69 637 075
12 Verkehr	25 314 481	+ 3 513	25 317 994
13 Post- und Fernmeldewesen	308 043	- 422	307 621
14 Verteidigung	54 470 000	- 237 735	54 232 265
15 Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit	22 337 162	+ 174 263	22 511 425
16 Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit	1 955 467	+ 11 890	967 357
19 Bundesverfassungsgericht	16 626	-	16 626
20 Bundesrechnungshof	52 769	+ 3 124	55 893
23 Wirtschaftliche Zusammenarbeit	7 234 000	+ 11 801	7 245 801
25 Raumordnung, Bauwesen	6 220 382	+ 136 338	6 356 720
27 Innerdeutsche Beziehungen	1 284 304	+ 287 412	1 571 716
30 Forschung und Technologie	7 855 159	- 23 973	7 831 186
31 Bildung und Wissenschaft	4 092 411	+ 50 005	4 142 416
32 Bundesschuld	38 073 016	- 339 906	37 733 110
33 Versorgung	10 510 594	- 109 000	10 401 594
35 Verteidigungslasten	1 866 453	- 2 000	1 864 453
36 Zivile Verteidigung	948 396	- 7 466	940 930
60 Allgemeine Finanzverwaltung	19 458 645	- 371 330	19 087 315
<b>Gesamtsumme</b>	<b>301 350 000</b>	<b>- 1215 000</b>	<b>300 135 000</b>

Regierungsentwurf um 6,7 Mrd. DM auf 26,9 Mrd. DM reduziert werden. Die Nettokreditaufnahme ist damit deutlich geringer als die Investitionsausgaben.

**Die Prämisse von Artikel 115 Grundgesetz wird trotz Inkrafttretens der 3. Stufe der Steuerreform, die für den Bund mit rund 11 Mrd. DM Steuerausfällen verbunden ist, erfüllt. Dieses Ergebnis nenne ich erfolgreiche Haushaltsberatungen.**

Die Einsparung um 1,2 Mrd. DM, ein Saldo aus Mehr- und Minderausgaben, trifft fast alle Haushalte.

Einen weiteren Punkt möchte ich aufgreifen: Die SPD wirft der Bundesregierung vor, in nur 11 Jahren von 1983 bis 1993 genausoviel Schulden zu machen, wie alle Regierungen zusammen in 33 Jahren.

Eine Bemerkung vorweg: Sie beziehen den Zeitraum des Finanzplans in Ihre Rechnung ein. ▶

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Wie wir heute beschließen, haben wir allein im Jahre 1990 die Nettokreditaufnahme gegenüber den Planzahlen um fast 7 Mrd. DM gesenkt. Ihre Rechnung ist auf Sand gebaut. Trotzdem nehme ich Ihren Gedanken auf.

Von 1949 bis 1969, also in 20 Jahren, wurden 45 Mrd. DM Schulden gemacht. Den Bundeskanzler stellte immer die CDU.

Von 1969 bis 1982, also in 13 Jahren, wuchsen die Schulden um 265 Mrd. DM. Den Bundeskanzler stellte jeweils die SPD.

Von 1982 bis zum Ende dieses Jahres wachsen die Schulden voraussichtlich um 185 Mrd. DM. Allein dieser Schuldenzuwachs ist praktisch deckungsgleich mit den Zinsen, die der Bund bezahlen muß für Schulden, die Sie in nur 13 Jahren machten.

Sie schafften in 13 Jahren Regierungsverantwortung weit mehr Schulden, als CDU/CSU-geführte Bundesregierungen in 27 Jahren.

**Hätten wir 1982 geordnete Finanzen übernommen, so hätten wir seit 1982 keine zusätzlichen Schulden machen müssen.**

180 Mrd. DM an Zinsen mußten für die Altschulden bezahlt werden. 185 Mrd. DM betrug der Schuldenzuwachs. ■

## Leistungen an Familien verheirateter Wehr- pflichtiger verbessert

**Die Bundeswehr verbessert zur Steigerung der Attraktivität des Soldatendienstes die Leistungen an Familien verheirateter Wehrpflichtiger.**

Der Bundesrat hat beschlossen, daß den Grundwehrdienstleistenden bei der Geburt eines Kindes als einmalige Beihilfe zur Erstausrüstung des Säuglings 250 Mark gezahlt werden. Das Gesetz sieht auch die Zahlung eines Weihnachtsgeldes für die Ehefrau in Höhe von 390 Mark vor. Für jedes Kind sind 50 Mark geplant. Bisher gab es die Weihnachtsgatifikation von 390 Mark nur jeweils für den Wehrpflichtigen.

Darüber hinaus wird es für den ersten Monat nach der Entlassung aus dem Grundwehrdienst einen Überbrückungsbeitrag in Höhe von 700 Mark für die Ehefrau und 200 Mark für jedes Kind geben. Das Entlassungsgeld für den Wehrpflichtigen beträgt 2.500 Mark. Es soll die Zeit zwischen dem Ausscheiden aus dem Grundwehrdienst und der Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses überbrücken helfen.

## Eckdaten zur Haushaltsentwicklung des Bundes (in Mrd. DM)

	1990 Reg.-Entwurf	Haushalts- ausschuß	1990 Soll
Gesamtausgaben	301,35	— 1,21	300,14
Steigerungsrate (in v. H.)	+ 3,4		+ 3,0
Investitionen	37,70	— 0,18	37,52
Investitionsquote (in v. H.)	12,5		12,5
Steuereinnahmen	242,07	+ 5,37	247,44
Bundesbankgewinn	7,00	—	7,00
Neuverschuldung	33,67	— 6,73	26,94

# Alfred Dregger: Unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen

**US-Präsident George Bush hat in Brüssel die Staats- und Regierungschefs aus den 16 NATO-Staaten über seine Gespräche auf dem Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow vor Malta unterrichtet. Die NATO-Partner äußerten sich zufrieden über das gute Verhältnis zwischen den beiden Supermächten und werteten die Gipfelerklärung von Malta als Erfolg. Zum Ergebnis dieses Treffens der Weltmächte erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:**

Die Weltmächte stimmen darin überein, daß der Kalte Krieg beendet ist und jetzt eine Zeit friedlicher Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen beginnen soll. Für uns Deutsche und Europäer bedeutet das, daß die militärische und ideologische Konfrontation, die unser Land und unseren Kontinent seit mehr als vier Jahrzehnten teilt, abgebaut werden kann.

Damit wird es auch möglich, die Teilung zu überwinden und eine Europäische Friedensordnung zu schaffen, die allen europäischen Völkern eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung sichert. Wir Deutsche und Europäer müssen die Chancen, die sie sich uns damit bieten, ergreifen und unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Die deutsche und europäische Einigung muß und kann zügig vorangebracht werden.

Der Gipfel von Malta war ein bedeutender Schritt zur Überwindung der Folgen von Jalta. Er wurde möglich, weil die Sowjetunion das Streben nach Expansion und militärischer Überlegenheit als Ziel ihrer Außenpolitik aufgegeben hat.

Gorbatschow hat erkannt, daß im Zeitalter weltweiter Verflechtung von Wirtschaft und Kommunikation militärische Rüstung vor allem hohe Kosten verursacht, aber keinen ökonomischen Nutzen bringt. Eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem wiedervereinigten Deutschland in einem freien und geeinten Europa ist für die Sowjetunion nutzbringender als die Aufrechterhaltung eines Systems von Zwangsverbündeten in Mittel- und Ost-Mittel-Europa.

Der offenkundig vorhandene gute Wille auf beiden Seiten eröffnet die Chance, die Weltpolitik zu entmilitarisieren. Bei allen Rüstungspotentialen sollten jetzt tiefe Einschnitte vorgenommen werden. Die erste Stufe dafür muß in Wien vereinbart werden. ■

## Wirtschaftsdynamik kommt auch Übersiedlern zugute

Der Arbeitsmarkt profitiert weiterhin von der blendenden Konjunktur: 367 000 Beschäftigte mehr als im Vorjahr, die Kurzarbeit um 54,9 Prozent auf ein Minimum reduziert, 58,4 Prozent mehr offene Stellen als 12 Monate zuvor, 19,3 Prozent weniger arbeitslose Jugendliche, weniger ältere, ausländische, schwerbehinderte Arbeitslose. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen liegt zu Beginn der kalten Jahreszeit mit 1,949 Millionen beträchtlich unter Vorjahresniveau. Norbert Blüm: „Nur die enorme Beschäftigungsdynamik hat die Zuwanderung unserer Landsleute ohne ernsthafte Störungen am Arbeitsmarkt ermöglicht.“

# Steuerreform entlastet Senioren

Viele Senioren haben beim Blick auf ihre Lohnsteuerkarte für 1990 festgestellt, daß kein Altersfreibetrag mehr eingetragen ist. Dadurch könnte der falsche Eindruck entstehen, daß die älteren Mitbürger durch die Steuerreform belastet werden. Davon kann keine Rede sein. Dazu der Steuerexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gunnar Uldall:

Obwohl der Altersfreibetrag in Höhe von 720 DM ab 1990 entfällt, werden alle Senioren ab 1990 weniger Steuern zu zahlen haben als bisher. Viele werden durch die Steuerreform völlig steuerfrei werden bzw. steuerfrei bleiben.

Bei Rentnern, die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, wird lediglich der sog. Ertragsanteil der Rente besteuert. Dieser Ertragsanteil beträgt bei einem Rentenbeginn mit 60 Jahren 29 Prozent, bei 65 Jahren 24 Prozent. In den meisten Fällen liegt er niedriger als der steuerliche Grundfreibetrag, der ab 1. 1. 1990 von 4 752 DM auf 5 616 DM angehoben wird.

**Beispiel:** monatliche Rente 1 300 DM = Jahresrente 15 600 DM bei einem Rentenbeginn mit 60 Jahren beträgt der Ertragsanteil 29 Prozent = 4 524 DM. Das ist weniger als der Grundfreibetrag, so daß weder 1989 noch 1990 Steuern zu zahlen sind. Der Altersfreibetrag entfaltet bei diesem Beispiel keine Wirkung.

Bei höheren Renten wird der Wegfall des Altersfreibetrages durch den gestiegenen Grundfreibetrag überkompensiert. Außerdem sinkt ab 1990 der Eingangsteuersatz von 22 Prozent auf 19 Prozent,

Mit drei Beispielen demonstriert der Steuerexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall, die Vorteile der Steuerreform auch für Senioren.

so daß in jedem Fall weniger Steuern zu zahlen sind.

**Beispiel:** monatliche Rente 1 800 DM  
 Jahresrente 21 600 DM  
 Ertragsanteil 29 Prozent = 6 264 DM

## siehe Tabelle 1

Pensionäre müssen ihre Pension voll versteuern, können aber wie bisher den Versorgungsfreibetrag in Höhe von 4 800 DM sowie die Arbeitnehmerpauschale in Höhe von 22 000 DM abziehen. Diese Arbeitnehmerpauschale ist höher als die bisher abziehbaren Beträge der Werbungskostenpauschale (564 DM), des Weihnachtsfreibetrages (600 DM) und des Arbeitnehmerfreibetrages (480 DM) zusammen. Auch für Pensionäre wird die Streichung des Altersfreibetrages durch

Jahr	1990	1989
Ertragsanteil	6 264	6 264
– Grundfreibetrag	5 616	4 752
– Altersfreibetrag	–	720
= zu versteuern	648	792
jährlich zu zahlende Steuer	123	174

Tabelle 1

Jahr	1990	1989
Pension	21 600	21 600
– Grundfreibetrag	5 616	4 752
– Versorgungsfreibetrag	4 800	4 800
– Arbeitnehmerpauschale	2 000	—
– Werbungskostenpauschale	—	564
– Weihnachtsfreibetrag	—	600
– Arbeitnehmerfreibetrag	—	480
– Altersfreibetrag	—	720
= zu versteuern	9 184	9 684
<b>jährlich zu zahlende Steuer</b>	<b>1 790</b>	<b>2 130</b>

**Tabelle 2**

die Anhebung des Grundfreibetrages überkompensiert. Dazu kommt die allgemeine Tarifsenkung.

**Beispiel:** monatliche Pension 1 800 DM  
Jahrespension 21 600 DM

**siehe Tabelle 2**

Bei sonstigen Alterseinkünften (z. B. Mieteinnahmen) ändert sich durch die Abschaffung des Altersfreibetrages nichts, da der sog. Altersentlastungsbeitrag, der bei diesen Einkünften abgezogen werden kann, im Rahmen der Steuerreform um 720 DM von 3 000 DM auf 3 720 DM aufgestockt wird. Diese Einkünfte profitieren somit voll von der Steuertarifsenkung ab 1. 1. 1990.

**Fazit:** Alle Senioren werden durch die Steuerreform entlastet. Leider dringt bei vielen zunächst das Gegenteil ins Bewußtsein, weil die Streichung des Altersfreibetrages auf der Lohnsteuerkarte sofort ins Auge fällt.

## Vereine sparen Steuern

Der Bundesrat hat letzte Woche endgültig grünes Licht für das neue Vereinsförderungsgesetz gegeben: Damit brauchen vom 1. Januar an gemeinnützige Vereine Einnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung unterhalb der Grenze von 60.000 Mark im Jahr nicht mehr zu versteuern.

Von dieser Vergünstigung werden nach Angaben der Bundesregierung 65.000 oder 90 Prozent aller gemeinnützigen Vereine in der Bundesrepublik profitieren.

Durch das Gesetz wird zugleich der Kreis der steuerlich anerkannten gemeinnützigen Organisationen erweitert: Jetzt zählen dazu auch Kleintier- und Pflanzenzüchter, Kleingärtner, Karnevalsvereine, Traditionsvereine der Soldaten, Schachclubs, Amateurfunk und Modellflug.

## Personalien

Der zum Intendanten der Deutschen Welle gewählte CDU-Bundestagsabgeordnete **Dieter Weirich** hat am 1. Dezember sein neues Amt angetreten und deshalb sein Bundestagsmandat niedergelegt. Für Weirich rückt **Anneliese Augu-**

**stin** (Kassel) nach. Neuer Mediensprecher der Unionsfraktion und neuer Vorsitzender des Bundesausschusses Medienpolitik der CDU ist der CDU-Bundestagsabgeordnete **Bernd Neumann**. Mitglied des ZDF-Fernsehrats als Nachfolger von Weirich ist CDU-Generalsekretär **Volker Rühle**.

# Dorothee Wilms: Schmusekurs der SPD nicht nachvollzogen

**„Ich bin froh, daß wir den Schmusekurs der SPD mit der SED nicht nachvollzogen haben.“ Das betonte die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, auf einem außerordentlichen Landesparteitag der CDU Bremen. Zu diesem Parteitag konnte CDU-Landeschef und Bundestagsabgeordneter Bernd Neumann eine Vielzahl von Gästen aus Rostock, Riga und Danzig — alles Partnerstädte Bremens — begrüßen.**

Dorothee Wilms und Bernd Neumann hoben erneut hervor, welche absurden Folgen es gehabt hätte, wenn man den Vorschlägen auch aus der SPD gefolgt wäre und für die Bürgerinnen und Bürger der DDR eine eigene Staatsbürgerschaft anerkannt hätte: Tausende von Ausreisen über Ungarn, Polen und die CSSR wären nicht möglich gewesen und unsere Landsleute müßten heute um Anerkennung als Asylanten nachsuchen wie politische Flüchtlinge aus Ghana oder Sri Lanka! Es sei nicht die von Egon Bahr ausgegebene Losung „Wandel durch Annäherung“ gewesen, so Dorothee Wilms, welche die Menschen zusammengebracht habe, sondern die Tatsache, daß die Menschen in der DDR an der Idee der Freiheit festgehalten hätten. Dorothee Wilms bekundete den Gästen aus der DDR Respekt, die mit so viel Mut, Tapferkeit und persönlichen Opfern diesen Prozeß in Gang gesetzt hätten und auch noch weiter vorantrieben.

Die Bundesministerin bekräftigte noch einmal den Willen der Bundesregierung, den Menschen in der DDR weitreichende Hilfe zukommen zu lassen, damit die DDR auch wirtschaftlich wieder

Anschluß an Europa erhält. Vier Bereiche seien es, über die zur Zeit verhandelt werde:

- Die Einrichtung eines Devisenfonds zum Umtausch von Mark Ost in Mark West
- Vereinbarungen zur Modernisierung der Telekommunikation
- Projekte für eine Verbesserung des Umweltschutzes
- Die Verbesserung der Verkehrswege.

Frau Wilms äußerte im Hinblick auf die Einrichtung des Devisenfonds die Erwartung, daß die DDR für Reisen von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik

Uneingeschränktes „Ja“ zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit — das war das Ergebnis eines außerordentlichen Parteitags der CDU Bremen am 30. Nov.

in die DDR als Gegenleistung den Zwangsumtausch und bald auch die Visumpflicht beseitige.

In bemerkenswert nachdenklichen, persönlichen Beiträgen schilderten anschließend einige der Gäste aus Rostock ihre Erfahrungen und Erwartungen im Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen. Dabei wurde in allen Beiträgen deutlich, wie vorsichtig tastend die Menschen in der DDR nach einem neuen Weg und nach ihrem Platz im Herzen Europas suchen. Insoweit verdeutlichte Christoph Kleemann, Pastor und einer



der Sprecher im Neuen Forum Rostock, daß sich das Neue Forum als eine Art „Bürgerschule“ verstehe. Das Überstürzende mache ihm bei der derzeitigen Entwicklung Angst, wobei er als Beispiel die Diskussion über die Wiedervereinigung anführte: „Die Wiedervereinigungsdebatte ist nicht weg, aber sie wird von vielen in unserem Land als zu früh und zu vehement empfunden.“

Bei den Delegierten warb er um Verständnis dafür, daß für die Bürgerinnen und Bürger der DDR eine schwierige Aufarbeitungsphase notwendig sei. In diesem Zusammenhang erwarteten sie von ihren Landsleuten in der Bundesrepublik ein Stück Solidarität und Hilfe.

Eindringlich antwortete der stellvertretende Landesvorsitzende Reinhard Metz den Beiträgen der Gäste aus Rostock. Soweit diese den vom Landesvorstand vorgelegten Leitantrag mißverstanden hätten als einen Forderungskatalog im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung in der DDR, machte er deutlich, daß dieser Leitantrag lediglich die Überzeugungen enthalte, welche in der CDU vor dem Hintergrund der gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Erfahrungen gewachsen seien.

Es gehe nicht darum, den Landsleuten in der DDR ihren zukünftigen Weg vorzuschreiben, aber es sei die feste Überzeugung der CDU, daß Freiheit und Sozialismus sich widersprächen. Es dürfe nicht als Besserwisserei aufgefaßt werden, wenn aufgrund der Erfahrungen und Erkenntnisse aus den letzten 4 Jahrzehnten die CDU es für ihre Pflicht halte, den Menschen in Deutschland zu sagen, daß Soziale Marktwirtschaft leistungsfähiger sei als alle denkbaren sozialistischen Modelle. Dennoch zwingt niemand die Menschen in der DDR dazu, diese Wirtschaftsform auch für sich zu übernehmen.

## Tagungshinweis

Eine Informationstagung zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts bietet das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung an.

**Termin: 4./5. Februar 1990**

**Ort: Schloß Eichholz, Wesseling**

**Adressaten: Fachkräfte von**

**Jugendämtern und Wohlfahrtsverbänden, Mitglieder in Jugendwohlfahrtsausschüssen.**

Anmeldung und Programminformationen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Institut für Politische Bildung

Schloß Eichholz

Postfach 13 31

5047 Wesseling

Tel. (0 22 36) 7 07-2 77 o. 2 75

In diesem Sinn wurde der Leitantrag von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit angenommen. Darin fordern sie unter anderem Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, freie Wahlen und die Zulassung eigenständiger Parteien, Pressefreiheit, die Beseitigung von Mauer und Stacheldraht sowie Freizügigkeit in beide Richtungen.

Zur Wiedervereinigung sagt die Bremer CDU uneingeschränkt „Ja“, wobei es selbstverständlich sei, „daß dieser Prozeß nicht gegen den Willen der Menschen in der DDR geschehen darf“. Für die CDU sei das Selbstbestimmungsrecht seit eh und je das oberste Gebot. Abschließend wendet sich der Leitantrag mit der Forderung an die Landesregierung, alles zu tun, um den Deutschen, die als Übersiedler nach Bremen und Bremerhaven kommen, möglichst wirksam zu helfen. ■

# Hans-Otto Wilhelm: Gegen Neid und Wohlstands-Chauvinismus

„Was die SPD jedem Wirtschaftsasylanter zubilligt, nämlich die Segnungen der sozialen Sicherung in Anspruch zu nehmen, das will Oskar Lafontaine deutschen Übersiedlern verwehren. Wer wie er argumentiert, appelliert an dumpfe Biertischgespräche, an Neid und Mißgunst,“ mit diesen Worten charakterisierte der CDU-Landesvorsitzende Hans-Otto Wilhelm beim 37. CDU-Landesparteitag in Mainz die derzeitige Diskussion in der SPD um das Thema Übersiedler und DDR.

Der CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz hatte aufgrund der Ereignisse in der DDR seinen für den 2. Dezember 1989 in Simmern/Hunsrück vorgesehenen Landesparteitag, der sich mit den Themen „Verwaltungsreform“ und „Die Frau in einer sich wandelnden Gesellschaft“ beschäftigen sollte, kurzer Hand nach Mainz verlegt. Den Auftakt des Landesparteitags stellte eine Großdemonstration mit Kundgebung dar, an der ca. 4000 Menschen teilnahmen. Ein Novum in der Geschichte der Partei: Sowohl an der Demonstration als auch am Landesparteitag nahm eine Delegation der CDU aus Erfurt/DDR teil. Norbert Otto, CDU-Fraktionsvorsitzender in der Erfurter Stadtverordnetenversammlung: „Wir

werden den Sozialismus aus unserem Programm streichen!“

Hauptredner der Kundgebung waren CDU-Generalsekretär Volker Rühle und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der den bisherigen Machthabern in der DDR im Hinblick auf ihre Blindheit gegenüber den Verhältnissen bescheinigte, „bisher wohl auf dem Campingplatz gelebt zu haben“.

Bericht vom 37. CDU-Landesparteitag und der Großdemonstration mit Kundgebung des CDU-Landesverbandes am 2. Dezember 1989

Im Mittelpunkt des sich anschließenden Landesparteitages stand dann natürlich die Deutschlandpolitik, die sowohl von den Delegierten als auch von den Gästen aus Erfurt mit engagierten Beiträgen belebt wurde. Höhepunkt des Parteitages war die Rede des CDU-Landesvorsitzenden Hans-Otto Wilhelm, der die Partei dazu aufrief, sowohl die Deutschen in der DDR als auch die Menschen, die aus Furcht vor Unfreiheit zu uns geflohen sind, mit „jeder Faser des Herzens“ zu unterstützen.

Am Ende der Debatte stand eine Resolution, in der die CDU Rheinland-Pfalz sich hinter den von Bundeskanzler Helmut Kohl vorgelegten Stufenplan stellt. Im Hinblick auf die Landespolitik fordert die CDU Rheinland-Pfalz dann im einzelnen:

- Zusammenarbeit zwischen unserem Land und einer Region in der DDR.

*„Den Weg zur Einheit können wir nicht vom grünen Tisch aus oder mit dem Terminkalender in der Hand planen. Aber wir können heute schon jene Etappen vorbereiten, die zu diesem Ziel hinführen.“*

**Bundeskanzler Helmut Kohl**

## Meinungsfreiheit ist nicht schrankenlos

**Flensburg biegt gerade, was Frankfurt verbogen hat. Das Soldatennurteil von Frankfurt, von den Betroffenen als „Mörderurteil“ bezeichnet, hat durch das Flensburger Landgericht eine erfreuliche Korrektur erfahren. Dazu der schleswig-holsteinische CDU-Abgeordnete Wolfgang Börnsen, MdB:**

Der Autofahrer, der einen Soldaten mit den Worten angesprochen hatte: „Sie sind Soldat, und alle Soldaten sind potentielle Mörder“, war wegen Beleidigung vom Flensburger Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Dieses Urteil hat das Oberlandesgericht Schleswig bestätigt. Nur wegen des Strafmaßes von 40 Tagessätzen zu 20 Mark, also insgesamt 800 Mark, wurde es jetzt an das Flensburger Landgericht verwiesen.

Meinungsfreiheit ist eben nicht schrankenlos. Sie findet nach Meinung der Flensburger Richter dort ihre Grenzen, wo geschmäht, beschimpft und diffamiert wird.

„Recht so!“ meine ich. Soldaten erfüllen ihren Verteidigungsauftrag im Auftrag des deutschen Parlamentes. Sie leisten ihren Dienst zur Sicherung des Friedens. Wer deren schamlose Beschimpfung deckt, mißbraucht die Meinungsfreiheit. Die Flensburger und Schleswiger Richter haben mit diesem Urteil für viele Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland den Glauben in eine verantwortungsbewußte Rechtsprechung wiederhergestellt. Die Korrektur der Frankfurter Entscheidung war längst überfällig. Der Flensburger Maßstab sollte Gültigkeit finden.

Das Recht der Meinungsfreiheit wird damit nicht beeinträchtigt — nur der Verwilderung der politischen Kultur wird Einhalt geboten.

- Unterstützung der Gemeinden, Städte und Kreise bei der Einrichtung von Partnerschaften.
- Förderung von Wirtschaftskooperationen.
- Schaffung von Kontaktbörsen investitionswilliger Unternehmen.
- Austausch beim Aufbau neuer Strukturen in der DDR in den Bereichen Kommunale Verwaltung, Wissenschaft und Technik.
- Enge Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes und des Gesundheitswesens.
- Intensivierung des Austauschs von Schülern, Studenten und Auszubildenden.

- Intensivierung der sportlichen und kulturellen Begegnungen insbesondere auf Vereinsebene.
- Beschleunigter Ausbau der Ost-West-Verkehrsverbindungen, namentlich der Neubau des fehlenden Autobahnteilstücks Dernbacher Dreieck-Gießen, das Teilstück einer sonst fertiggestellten Achse zwischen Dresden-Erfurt-Koblenz-Trier-Luxemburg und Paris ist. Eine solche Ost-West-Verbindung ist ebenfalls von Bedeutung in einem künftigen europäischen Schnellbahnsystem.
- Die entschiedene Fortsetzung der europäischen Einigung mit Blick auf den gemeinsamen Binnenmarkt. ■

## Seminar-Termine 1990

## Ausbildung von Betriebsräten

Auch im nächsten Jahr bietet das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) seine Seminare für Betriebs- und Personalräte an, um Arbeitnehmer zur Übernahme von Vertretungsfunktionen für Kolleginnen und Kollegen zu ermuntern und vor allem auch zu befähigen. In dieser Ausgabe bringen wir die Termine der Betriebsräte-Seminare, in der nächsten die der Personalräte-Seminare.

15. 1.—19. 1. Einführung ins Arbeitsrecht für Betriebsräte

19. 1.—21. 1.

Betriebsratswahlen

29. 1.— 2. 2. Wie arbeite ich als Betriebsrat?

29. 1.—31. 1. Gesellschaftssysteme und Arbeitnehmer in Europa

31. 1.— 2. 2. Arbeitsrecht für Betriebsräte

19. 2.—23. 2. Wirtschaftsfragen: Was ein Betriebs- und Personalrat über Wirtschaft wissen muß

5. 3.— 9. 3. Einführung in das Arbeitsrecht für Betriebsräte

26. 3.—28. 3.

EG-Binnenmarkt und Vollbeschäftigung

28. 3.—30. 3. Die Rechte der deutschen Arbeitnehmer im Europäischen Binnenmarkt

26. 3.—30. 3. Wirtschaftsfragen: Was ein Betriebs- und Personalrat über Wirtschaft wissen muß

2. 4.— 6. 4. Wie arbeite ich als Betriebsrat?

23. 4.—27. 4. Arbeitsrecht (III)

23. 4.—27. 4. Grundlagen der Gesprächsführung für Betriebsräte (Fortgeschrittene)

30. 4.— 4. 5. Wie arbeite ich als Betriebsrat?

14. 5.—16. 5. Die Rechte der deutschen Arbeitnehmer im Europäischen Binnenmarkt

16. 5.—18. 5. Verkehr und Umwelt in Europa

18. 6.—22. 6. ...de jure — gleichberechtigt

18. 6.—22. 6. Arbeitsrecht für Betriebsräte

26. 6.—29. 6. Suchtprophylaxe und Gesundheitsfürsorge als Aufgabe der Personalvertretung und Betriebsräte

27. 8.—31. 8.

Rationalisierung und Mitbestimmung

10. 9.—14. 9.

Schwerbehindertenvertretung im Betrieb

10. 9.—14. 9. Einigungsstelle, Betriebsvereinbarung, Betriebsrat

24. 9.—28. 9. Einführung in das Arbeitsrecht für Betriebsräte

22. 10.—26. 10.

Arbeitsrecht (II) für Betriebsräte

26. 11.—30. 11.

Wie arbeite ich als Betriebsrat?

3. 12.— 7. 12. Juristische Methodenlehre

3. 12.— 7. 12. Wirtschaftsfragen: Was ein Betriebs- und Personalrat über Wirtschaft wissen muß

10. 12.—14. 12.

Jugend- und Ausbildungsvertretung

Nähere Einzelheiten zu diesen Seminaren, wie z. B. Anreisetermin, Fahrtkostenerstattung, Seminarbeiträge oder Tagungsunterkunft, erfahren Sie im

**Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter  
Johannes-Albers-Allee 3**

**5330 Königswinter 1**

**Telefon (0 22 23) 7 31 17/7 31 18**

**Ja,** schicken Sie mir eine Einladung zu Seminar-Anmeldung

Thema: \_\_\_\_\_ Termin: \_\_\_\_\_

Thema: \_\_\_\_\_ Termin: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: (\_\_\_\_\_) \_\_\_\_\_

**Schicken Sie bitte diesen Coupon an das  
Arbeitnehmerzentrum Königswinter!**

## Aktuelles Verteilmittel zur Deutschlandpolitik

Die Ereignisse der vergangenen Tage und Wochen, seitdem die Mauer brüchig geworden ist und die Deutschen sich millionenfach wieder begegnen, haben klar und deutlich bewiesen: Der Weg der CDU zur Wiedervereinigung ist der einzig richtige. Diesem Ziel fühlt sich die CDU seit ihrer Gründung verpflichtet.

Das neue **CDU extra**, das ab sofort im **IS-Versandzentrum** vorrätig ist, zeigt die wichtigsten Stationen der jüngsten Entwicklung. Es berichtet über den 10-Punkte-Plan von Helmut Kohl, das Abkommen über freien Reiseverkehr in die DDR, gibt Auskunft über Hilfen für Übersiedler und setzt sich mit dem Versagen der SPD in der Deutschlandpolitik auseinander.

Bestell-Nr.: 2220

Mindestabnahme: 250 Exemplare  
Preis je 250 Exemplare: 35,— DM  
zuzügl. MwSt., inkl. Versand.



**Bestellen  
Sie noch  
heute!**

### Für Weihnachten

(siehe auch letzte Seite)

#### Sympathie-Poster „Frohes Fest“

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme:  
18,50 DM. Bestell-Nr.: 8013

#### Modelliermasse „Wir lieben Kinder“

Mindestabnahme: 25 Stück  
Preis pro Mindestabnahme:  
14,50 DM. Bestell-Nr.: 9781

#### CDU-Eiskratzer

Mindestabnahme: 100 Stück  
Preis pro Mindestabnahme:  
60,— DM. Bestell-Nr.: 9890

#### Winter-Puzzle

Mindestabnahme: 25 Stück  
Preis pro Mindestabnahme:  
25,— DM. Bestell-Nr.: 9880

Die Preise verstehen sich zuzügl.  
MwSt. inklusive Versand

Bestellungen über das  
**IS-Versandzentrum,  
Postfach 13 28,  
4804 Versmold**

# Informationsoffensive Steuerreform

Zum 1. Januar 1990 tritt die dritte Stufe der Steuerreform in Kraft. Nie zuvor hat eine Bundesregierung den Steuerzahlern so viel Geld zurückgegeben. Endlich lohnt sich Leistung wieder!

Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Inhalte der Steuerreform öffentlichkeitswirksam herauszustellen.

Damit die Mitglieder der CDU gleich zu Beginn des Jahres 1990 im Rahmen einer bundesweiten Informationsoffensive zur Steuerreform alle Mitbürger und Mitbürgerinnen umfassend über alle Aspekte der Steuerreform informieren können, stehen zwei interessante Informationsmittel zur Verfügung:

- Ein kleines Lexikon „Die Steuerreform von A bis Z“, das in der bewährten Form einer Taschenbroschüre über die zentralen Begriffe der Steuerreform Auskunft gibt.
- Ein Massenverteilmittel in Form einer Gehaltsabrechnung, die das politische Gesamtkonzept der Steuerreform argumentativ und mit einigen leicht verständlichen Beispielen anschaulich darstellt.

## Die Steuerreform

# A-Z



Bestellungen an:  
**IS Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4808 Versmold**

### Taschenbroschüre

Die Steuerreform  
A—Z

Bestell-Nr.: 5212

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 18,— DM

Die Preise verstehen sich zuzüglich MwSt. inkl. Versand

**ab sofort!**

### Massenverteilmittel

„Gehaltsabrechnung“

Bestell-Nr.: 2213

Mindestabnahme: 250 Expl.

Preis je 250 Expl.: 42,— DM

**nach  
Weihnachten**



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

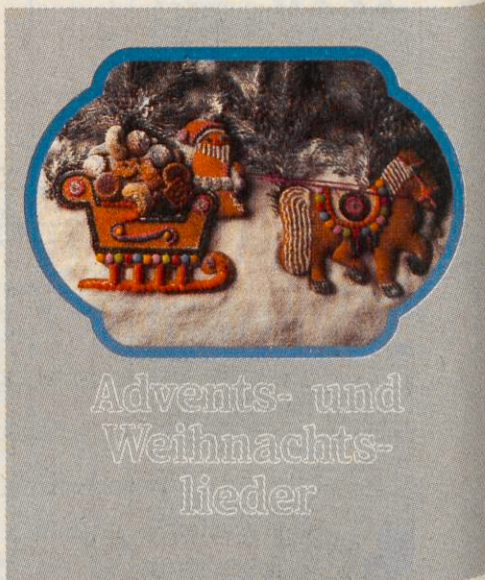
## Für Weihnachten

Wünschen Sie Ihren Freunden in diesem Jahr ein frohes Fest mit der neuen CDU-Weihnachtskarte, deren Abbildungen — z. B. Engel, Kugel und Tannenbaum — ausgeschnitten und zu einem Mobile (Foto) zusammengesetzt werden können.

Bestell-Nr.: 9204

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 22,30 DM



... mit vielen traditionellen Liedern, die zum Mitsingen einladen.

Bestell-Nr.: 2867

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 18,25 DM

Bestellungen über das IS-Versandzentrum,  
Postfach 13 28, 4804 Vermold

# UID

39/89

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.